

## Hochschulpakt

„Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für die vollständige Schaffung der 10.000 Studienplätze, die im Hochschulpakt vereinbart worden sind, in Schleswig-Holstein aus. Dabei sollen in erster Linie Studienplätze in naturwissenschaftlichen, ingenieurwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen geschaffen werden.“

### **Begründung:**

Die Pläne von Teilen der Landesregierung Studienplätze des Hochschulpaktes an Niedersachsen abzugeben gefährdet die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Die Ausbildung von Hochschulabsolventen und der weitere Ausbau von Hochschulen hat große Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Wirtschaft im nördlichsten Bundesland. Es ist bereits heute abzusehen, dass in den nächsten Jahren auf Grund der demographischen Entwicklung ein akuter Fachkräftemangel einsetzen wird. Weiter führt die zunehmende Globalisierung und Komplexität der Wirtschaft zu einem proportional höheren Bedarf an Hochschulabsolventen. Diese Entwicklung betrifft immer mehr auch kleinere und mittelständische Unternehmen. Schleswig-Holstein täte gut daran für die kommenden Jahre insbesondere in wirtschaftsnahen Studiengängen weitere Kapazitäten auszubauen.

Darüber hinaus ist eine Reduzierung der vereinbarten zu schaffenden Studienplätze auch ein negatives Signal für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein. Bereits durch die Diskussion um den Universitätsstandort Lübeck ist viel Vertrauen gegenüber den Entscheidungsträgern für Wissenschaft auf Bundesebene verspielt worden. Eine Landesregierung, die den Anspruch hat, dass schleswig-holsteinische Universitäten sich auch um Fördermittel für Eliteuniversitäten erfolgreich bewerben können, muss sich als Partner der wissenschaftlichen Einrichtungen positionieren. Die aktuelle Diskussion ist dabei wenig förderlich.